Abendausgabe

Nr. 133 ♦ 44. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 66

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 – 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Sonnabend
19. März 1927

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 8½ bis 5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 – 297

Reichswehrvertreter im Femeprozeß.

Wer hatte die Strafgewalt? – Ausweichen und Gedächtnisschwäche des Hauptzeugen Oberst v. Bock.

Zu der heutigen Verhandlung im Prozeß Wilms war Oberst v. Bock nunmehr erschienen, jedoch nur mit der Genehmigung zu Zeugenaussagen, nicht dagegen als Sachverständiger. Sowohl ihm, wie Oberstleutnant Held, Hauptmann Graf Brockdorf und Hauptmann Kainer ist die Aussagegenehmigung für ein Auftreten als Sachverständige verweigert. In dem Brief, den der Chef der Heeresleitung, General Heye, an das Gericht gerichtet hat, heißt es:

„Dagegen habe ich nach den Erfahrungen in dem Prozeß in Landsberg, in dem Oberst Gudovius als Sachverständiger tätig war, und den Vorgängen der letzten Tage in dem gegenwärtigen Prozeß festzustellen, daß Offiziere, die zu dem Prozeßgegenstand dienstlich in irgendwelchen Beziehungen stehen, als Sachverständige nicht geeignet sind, **weil sie den Angriffen der Verteidigung ausgesetzt sind, die dem dienstlichen Interesse der Wehrmacht Nachteile bereiten,** da sie gegen ihre amtlich beauftragten Vertreter gerichtet sind.

Zu Beginn der Verhandlung wurde der Unteroffizier Käsemüller vom Reiterregiment III in Rathenow vernommen, der bestätigte, daß er am 18. Juli in der „Neuen Welt" bei Rathenow seinen Geburtstag gefeiert hat, wodurch nunmehr feststeht, daß Wilms an demselben Tag ermordet worden ist.

Oberst v. Bock sagt aus: Die Arbeitskommandos seien gebildet worden, um Waffen und Gerät auf dem Lande zu sammeln und instandzusetzen. Zu ihrer Leitung seien Major Buchrucker und Oberleutnant Schulz angestellt worden. Vors.: Wie war die Zusammenarbeit zwischen Buchrucker und Schulz und dem Wehrkreiskommando? Zeuge: Buchrucker und Schulz hatten als Angestellte des Wehrkreiskommandos keine selbständige Befehlsbefugnis. Sie arbeiteten unter meiner Anleitung und waren gebunden an die Weisung des Chefs der Abteilung IA des Wehrkreiskommandos, Oberstleutnant Held. Sie waren zu Verschwiegenheit verpflichtet. Vors.: Wie wollten Sie diese Verschwiegenheit unter Umständen erzwingen? Zeuge (achselzuckend):

Das war eine problematische Sache,

über die ich mir heute noch nicht ganz klar bin. Von den Offizieren konnten wir das selbstverständlich verlangen, aber es bereitete außerordentliche Schwierigkeiten, sich in den Arbeitskommandos durchzusetzen. Wir hatten ja keine Disziplinargewalt, keine Zwangsmittel. In schweren Fällen blieb uns nur die Entlassung übrig. Vors.: Und in leichteren Fällen? Zeuge: Dann konnte man die Leute durch schwerere Arbeit außerhalb der Dienststunden strafen. Auf Einzelfälle kann ich mich allerdings nicht besinnen, dazu war mein Arbeitsbereich zu umfangreich. Vors.: Und wenn ein Mann mit Verrat drohte? Zeuge: Dann mußten wir zusehen, ob der Mann gesetzlich zu fassen ist, evtl. mit einer Anklage von Hoch- und Landesverrat. Vors.: Haben Sie über diese Möglichkeit mit Schulz oder Buchrucker gesprochen. Zeuge: Das weiß ich nicht, sicher aber mit Oberstleutnant Held. Vors.: Sie haben also die Auffassung, daß man der Gefahr des Verrates ohnmächtig gegenüberstand. Zeuge: Jawohl. Vors.: Mußten Sie nicht diese Möglichkeit mit allen Mitteln verhindern? Zeuge: Mit allen gesetzlichen Mitteln. Vors.: Wußten Sie, daß auch mit ungesetzlichen Mitteln gearbeitet wurde? Zeuge:

Ich habe mir gedacht, daß wohl mal einer ein paar hinter die Ohren bekommt. Von anderen Vorkommnissen habe ich aber nie gehört.

Vors.: Auch nicht von schweren Mißhandlungen oder gar Tötungen? Zeuge (entschieden): Davon habe ich nichts gewußt. Vors.: Sie haben das auch nicht gebilligt oder einen Befehl dazu gegeben? Zeuge: Niemals. Vors.: Oder haben Sie Schulz etwas derartiges gesagt? Zeuge (entschieden: Unter keiner Bedingung. Vors.: (zu Hauptmann Kainer): Sie haben hier neulich erklärt, zur Verhinderung des Verrates wäre jedes Mittel recht gewesen, wie ist das zu verstehen, auch ungesetzliche Mittel? Hauptmann Kainer: Nein, ungesetzliche Mittel habe ich damit nicht gemeint. Vors.: Sie haben auch nie mit Buchrucker oder Schulz etwas derartiges besprochen? Sie können evtl. die Antwort darauf verweigern. Hauptmann Kainer: Ich habe nie etwas derartiges gesagt. Vors.: Es geht auf Ihren Eid. Hauptmann Kainer: Jawohl, ich bleibe dabei. Vors.: Sie haben auch nichts von den Tötungen gewußt und Sie haben auch nicht mit Schulz darüber gesprochen, so daß er vielleicht annehmen konnte, daß Sie diese Tötungen billigen oder gar wünschten? Hauptmann Kainer: Niemals.

Der Verteidiger Fuhrmann, Rechtsanwalt Hildebrandt, richtete dann noch einmal an den ehemaligen Unteroffizier Röpke die Frage, ob er dabei bleibe, daß ihm Fuhrmann auf dem Kasernenhof in Rathenow wenige Tage nach der Tat in einer Unterredung seine Beteiligung an dem Mord an Wilms eingestanden habe. Röpke bestätigte das von neuem. Darauf erklärte Rechtsanwalt Hildebrandt: Röpke hat sich eines Meineides schuldig gemacht, der umso niederträchtiger ist, als es sich um das Leben eines Menschen handelt. Ich erbringe durch Vorlegung dieses Arbeitsbuches den Beweis, daß Röpke vom 31. Mai bis zum 3. September 1923 auf dem Gute des Herrn v. Bredow tätig war und daß er in dieser Zeit vom 30. Juni bis zum 31. August jede Woche voll gearbeitet hat, und zwar so, daß er auch nicht abends mehr rechtzeitig nach Rathenow kommen konnte. Das Kommando Fuhrmann hat am 21. Juli Rathenow verlassen. Röpke: Das ist nicht richtig, ich bin während dieser Zeit wiederholt in Rathenow gewesen, ohne das Herr v. Bredow das erfahren hat. Angekl. v. Poser: Das ist richtig.

Nach weiteren Auseinandersetzungen über die Glaubwürdigkeit Röpkes wird dann zunächst in der Vernehmung des Oberst v. Bock fortgefahren. Justizrat Hahn: Herr Oberst, wie war die Kleidung, Löhnung und Verpflegung der Angehörigen der Arbeitskommandos, oder sagen wir doch ruhig der Schwarzen Reichswehr, war sie nicht dieselbe wie in der regulären Reichswehr? Zeuge v. Bock: **„Ich weiß nicht, ob das zu dem Beweisthema gehört, für das ich die Genehmigung der Aussage habe.** Justizrat Hahn: Dann will ich Sie als Zeuge fragen, ob Sie als Sachverständiger vor dem außerordentlichen Gericht in Kottbus ausgesagt haben, daß die Offiziere und Mannschaften Reichswehruniform trugen, daß sie denselben Truppenausweis hatten und daß auch sonst Verpflegung und Dienst genau so war wie in der Reichswehr. Zeuge: Wir hatten unsere besonderen Gründe dafür, die Leute von den Arbeitskomanndos in Uniform arbeiten zu lassen. Sie bekamen auch Truppenausweise, weil es ohne diese nicht ging. Justizrat Hahn: Ist es richtig, daß auch strenge Manneszucht herrschte? Zeuge: Das war aus den damaligen Anordnungen zu ersehen.

Justizrat Hahn: Hielten Sie es für zulässig, wenn ein Offizier einen Mann des Arbeitskommandos in Arrest steckte? Zeuge: Ich glaube, ich hätte mich dagegen gewandt. Justizrat Hahn: Wissen Sie, daß der im Pannier-Prozeß verurteilte Feldwebel Schirrmann zur Verheiratung einen Heiratskonsens haben mußte? Zeuge: Davon weiß ich nichts. Justizrat Hahn: Dieser Brief befindet sich bei der Abteilung IA des Berliner Polizeipräsidiums.

Rechtsanwalt Bloch legte darauf die Abschrift eines solchen Heiratskonsenses für einen Angehörigen des Arbeitskommandos vor, das Schriftstück stammte vom Infanterieführer III in Potsdam und war vom Dezember 1923 datiert. Hauptmann Kainer: Im Dezember 1923 gab es ja überhaupt keine Arbeitskommandos mehr. Rechtsanw. Bloch (ironisch lächelnd):

Na, Herr Hauptmann, darüber wollen wir uns doch lieber nicht in öffentlicher Sitzung unterhalten.

Vielleicht gab es die Arbeitskommandos bei Ihnen nicht, aber anderswo. Justizrat Hahn (zum Oberst v. Bock): Ist es richtig, daß Sie in Kottbus erklärt haben, Major Hertzer in Küstrin sei gegenüber den anderen Offizieren der militärische Vorgesetzte gewesen. Zeuge: Das kann ich heute nicht mehr sagen. Vors.: Herr Verteidiger, Sie gehen sehr weit in Ihren Fragen über die Kommandogewalt. Justizrat Hahn (erregt): Es kommt aber für die hier auf der Anklagebank sitzenden Mannschaften sehr darauf an, daß sie sich nicht nur subjektiv als Soldaten fühlen konnten.

Ich hätte mal sehen wollen, was mit den Leuten geschehen wäre, die so etwas gesagt oder die ihr zivilrechtliches Verhältnis dem Reichswehrministerium vorgehalten hätten.

Wenn die Verhältnisse aber so lagen, dann hatte nicht der Mann zu prüfen, ob der Befehl richtig war, sondern der Offizier. (Sehr erregt:) Erinnern Sie sich, Herr Oberst v. Bock, daß nach der Verurteilung der Offiziere in Kottbus das Verfahren gegen die Mannschaften weitergegangen ist, **weil die Mannschaften in Küstrin ihre Gewehre nicht weggeworfen, sondern damit auf Befehl des Leutnants Hahn die Türen auf der Kommandantur in Küstrin eingeschlagen haben,** und weil sie mit dem Gewehr in Anschlag dem Oberst Gudovius gegenübergetreten sind? Auf die damalige Frage, ob diese Mannschaften auf militärischen Befehl gehandelt haben, dem sie Folge leisten mußten, haben Sie, Herr Oberst, das bestätigt, und **darauf wurden die Leute freigesprochen.** Zeuge v. Bock: Wenn ich das damals gesagt habe, dann wird es auch so gewesen sein. Allerdings konnten diese Leute vielleicht auch aus anderen Gründen dem Befehl gehorcht haben. Im übrigen glaube ich, daß das über meine Aussagegenehmigung hinausgeht. Vors.: Wollen Sie etwa sagen, daß die Leute in den Arbeitskommandos auch Befehle von Vorgesetzten auszuführen hatten, die etwa dahingingen, einen Menschen um die Ecke zu bringen; soll das wirklich behauptet werden? R.-A. Bloch: Jawohl. Das Reichsgericht stellt sich nach § 47 des Reichsmilitärstrafgesetzbuches ausdrücklich auf den Standpunkt, daß der einzelne Mann einen erteilten Befehl nicht dahin zu prüfen hat, ob durch die Auswirkungen desselben etwa die Tötung eines Menschen beabsichtigt sein könne.

Nach weiteren Vernehmungen beantragt die Verteidigung den Ausschluß der Oeffentlichkeit. Dieser wird jedoch abgelehnt.

Die bayerische Extrawurst.

Auch Sachsen fordert jetzt Nachzahlungen für Eisenbahnen.

Die Sondervorteile, die das Kabinett des Rechtsblocks den Bayern bewilligt hat, obwohl es sonst mit Ausgaben besonders für soziale Zwecke sehr zurückhaltend ist, lassen natürlich den anderen Ländern keine Ruhe; diese wollen und können nicht zusehen, wie ein deutscher Freistaat seine partikularistischen Wünsche auf Kosten derselben Reichskasse begünstigt sieht, die für die wichtigen Aufgaben anderer Freistaaten angeblich keine Mittel übrig hat. Preußen hat bekanntlich daraufhin bereits seine Ansprüche aus früheren anläßlich der Uebernahme der Reichsbahnen entstandenen Forderungen an das Reich bereits angemeldet. Jetzt tritt auch Sachsen auf den Plan. In einer offenbar von dem sächsischen Bürgerblock inspirierten Meldung heißt es, daß die Restkaufschuld des Reiches für die Reichsbahn — der Betrag wird auf 800 bis 900 Millionen Mk. beziffert — noch immer nicht gezahlt sei und daß Verhandlungen darüber bisher ohne Ergebnis verlaufen seien. Die Streitfrage sollte bei der endgültigen Regelung des Finanzausgleichs mit bereinigt werden. Naturgemäß würde Sachsen die Angelegenheit nun mit stärkerem Nachdruck verfolgen, umsomehr, als jetzt auch von Bayern und Preußen ähnliche Ansprüche erhoben werden.

Die Rechtsregierung im Reiche wird sich also noch auf allerlei Konsequenzen ihrer einseitigen Parteinahme für die bayerischen Wünsche gefaßt machen müssen.

Bürgerblock – Arbeiterblock!

Das Erwachen der katholischen Arbeiter.

Die große Mehrheit des deutschen Volkes hat auf dem Gebiet der Sozial- und Wirtschaftspolitik gleichlaufende Interessen. Wäre es möglich, sie unter einen Hut zu bringen, das heißt, alle Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten zu einer einheitlichen Bewegung zu formieren, dann gäbe es keine Macht in Deutschland, die sie hindern könnte, ihren Willen durchzusetzen.

Leider sind wir nicht so weit. Die größte gleichgerichtete, auf die Wahrung ihrer Interessen bedachte Masse tritt bei den Wahlen für die Sozialdemokratie ein. Links und rechts davon verlieren sich zwei Flügel: ein kleinerer in die Kommunistische Partei, ein größerer in die bürgerlichen Parteien. Dieser hat wieder seinen Kern in den christlichen Gewerkschaften, deren Mitglieder hauptsächlich für das Zentrum, zum Teil für noch weiter rechts gerichtete Parteien stimmen.

Unter diesen Umständen ist es der Sozialdemokratie nicht möglich, das Ganze taktisch zusammenzufassen. Durch eine engere Verbindung mit den Kommunisten würde sie Millionen und aber Millionen Arbeiter abstoßen. Sucht sie aber durch Koalitionspolitik mit den noch weiter rechtsstehenden Arbeitermassen Fühlung zu halten, so steigert sie dadurch die Angriffe, die von links her gegen sie gerichtet werden.

Jetzt ist durch die Schaffung des Bürgerblocks zwischen den sozialdemokratischen und den christlichen Arbeitern eine breite Kluft geöffnet worden. Die Kooperation zu gemeinsamen Zielen ist empfindlich gestört. Aber die christlichen Arbeiter können doch nicht so weit ihre Natur verleugnen, daß sie auf die Verfolgung jener Ziele ganz verzichten könnten. Daher der Kampf im Bürgerblock um die Sozialpolitik, besonders um das Arbeitszeitnotgesetz.

Zu diesem Kampf hat nun gestern der Vorsitzende der christlichen Gewerkschaften, Herr Stegerwald, in München eine beachtenswerte Rede gehalten. Er führte aus, es müsse erreicht werden, daß allen Arbeitern für eine Arbeitszeit über 48 Stunden ein angemessener Zuschlag bezahlt würde. Der freiwilligen Ueberarbeit müsse mit allem Nachdruck begegnet werden, solange wir zwei Millionen Arbeitslose in Deutschland hätten. Als Norm müsse das Arbeitszeitnotgesetz die 48-Stunden-Woche bringen. Weiter sagte Herr Stegerwald:

Gegenwärtig sind die Arbeitgeberverbände mobil gemacht gegen die angemessene Regelung der Arbeitszeit. Dazu vor aller Oeffentlichkeit ein klares Wort! Entweder die jetzige Regierungskoalition macht in einer Stunde, in der zwei Millionen Arbeitslose vorhanden sind, ein vernünftiges Arbeitszeitnotgesetz oder sie spielt mit ihrer Existenz. Ich habe gelegentlich der Regierungsbildung in der Weltwirtschaftsgesellschaft ausgesprochen: „Wer regieren will, muß Opfer bringen!" Nach der bloß privatwirtschaftlichen und teilweise krämerhaften Einstellung vieler Arbeitgeber läßt sich acht Jahre nach der Revolution und nachdem der russische Bolschewismus in Asien und am Balkan im Vordringen ist, nicht deutsche Staatspolitik machen. Auch persönlich lehne ich es ab, in allen Situationen, die national nicht lebenswichtig sind, mich als Bremsklotz gebrauchen zu lassen. Ich habe die jetzige Koalition nicht gewollt, weil ich die Außen- und Innenpolitik nicht für ausgereift hielt. Diejenigen, die sie erzwungen haben, haben jetzt praktisch den Nachweis zu bringen, daß sie mit ihr nicht die sozialpolitische Reaktion, sondern in Wirklichkeit die Stärkung des nationalen Lebenswillens des deutschen Volkes wollten.

Daß sich Herr Stegerwald gleichzeitig auch in einer langen Polemik gegen die Sozialdemokratie gefiel, mag in diesem Zusammenhang füglich übersehen werden. Diese Polemik schlägt sich sozusagen selber tot. Denn gerade durch die Trennung der christlichen Arbeiter von ihren sozialdemokratischen Klassengenossen ist die Macht der Arbeitgeberverbände ins Grenzenlose gesteigert worden. Sie sind die wirklichen Herren der derzeitigen Regierungskoalition.

Diese Zusammenhänge werden ja auch im katholischen Lager nicht mehr verkannt. Den Beweis dafür bietet ein Aufsatz des Herrn W. Elfes in der „Germania" über „Katholische Arbeiterschaft und Zentrumspartei", in dem u. a. folgendes auseinandergesetzt wird:

Die Arbeiterschaft, auch die katholische Arbeiterschaft, fühlt die Uebel unserer Zeit und leidet darunter mehr als eine andere Volksschicht. Sie ist unruhig, bewegt, sie drängt heraus aus diesem Zustande, mit einem gewissen Ungestüm nach vorwärts — die lebendig katholische Arbeiterschaft aus religiösen Impulsen und in christlicher Begeisterung — und findet nun in der bedächtig zögernden Haltung der Partei keinen befriedigenden Ausdruck ihres politischen Wollens. Nach der Empfindung der katholischen Arbeiterschaft fehlt der Zentrumspartei im Kampf gegen die Zeitübel des Mammonismus und Materialismus die notwendige rücksichtslose Unbekümmertheit, der alles überwindende Feuereifer, der mitreißende Elan, die nach ihrer Ansicht eine christliche Volkspartei heute auszeichnen müßten. **Und darum nahm die katholische Arbeiterschaft auch nur mit großer Besorgnis davon Kenntnis, daß die Zentrumspartei die Koalition mit den Rechtsparteien einging** und schaut sehr bedenklich den neuerlichen Bemühungen und Versuchen zu, die Zentrumspartei und die Bayerische Volkspartei in eine engere Gemeinschaft miteinander zu bringen. **Darüber muß die Zentrumspartei sich klar sein: In der katholischen Arbeiterschaft bekommt sie dadurch keine neuen Chancen.**

Das ist sehr vorsichtig ausgedrückt, aber doch deutlich genug. Herr Elfes wird aber noch deutlicher, wenn er weiter ausführt:

Die katholischen Arbeiter erkennen die Leistungen unserer Sozialpolitik gerne an, aber mit allen Arbeitern sehen sie beklommenen Herzens **die Macht des Kapitalismus national und international ins Ungeheuerliche wachsen**, mit allen Arbeitern fühlen sie sich in steigendem Maße von der Macht des Kapitalismus beherrscht, bedrückt, ausgebeutet, der Existenzunsicherheit, der Existenzlosigkeit überantwortet, proletarisiert — und mit all ihren Kollegen warten auch die katholischen Arbeiter halb sehnsuchtsvoll, halb ungeduldig auf eine durchgreifende sittlich-soziale Wirtschaftsreform, die sie aus der unwürdigen Sklaverei und Existenzlosigkeit des heutigen Wirtschaftssystems herausführt, die sie in den Besitz und den Genuß der Früchte ihrer Arbeit setzt, die ihnen gestattet, Menschen zu sein.

Das Zentrumsprogramm verkündet: „Endziel der Wirtschaft muß der Mensch und seine höhere Lebensaufgabe sein. Darum dürfen Menschenwürde und sittlicher Charakter der Arbeit niemals den rein wirtschaftlichen Zwecken geopfert werden... Den politischen, sozialen und kulturellen Gefahren einer Uebermacht des Kapitals ist weitschauend vorzubeugen." Aber was geschieht? Geht die Entwicklung nicht genau den entgegengesetzten Weg? **Von christlich-sozialem Geist in der Wirtschaft spürt man wahrhaftig nicht einen Hauch.**

Gewiß, staatliche Sozialpolitik — vor allem aber soziale Sanierung des Wirtschaftskörpers! Das ist die große sittliche Gegenwartsaufgabe der deutschen Volksrepublik!

Und hier liegt wiederum ein wunder Punkt; denn gerade der christliche, der katholische Arbeiter empfindet das Unsittliche und Unchristliche unseres heutigen Wirtschaftssystems besonders schmerzlich und ist einfach erschüttert davon, daß eine christliche Volkspartei, als welche das Zentrum bei ihm eingetragen steht, nicht mit mehr Lebendigkeit und größerer Kraft dagegen ankämpft und nach den Forderungen des eigenen Programms eine von christlich-sozialen Ideen getragene ernsthafte Reform der Wirtschaftsordnung vornimmt, die die Arbeit wieder zu Ehren bringt und **statt des Kapitals den Arbeiter in jedweder Gestalt der Früchte seiner Arbeit teilhaftig werden läßt.**

Herr Elfes schildert weiter den dramatischen Entwicklungsgang, man kann schon sagen, den Leidensweg, den die Arbeiterbewegung im Zentrum genommen hat. Wie die katholischen Arbeiter in dem Metalldreher Stötzel 1877 im Kampfe gegen das Zentrum ihren ersten eigenen Abgeordneten in den Reichstag brachten, und wie dann immer mehr Arbeitervertreter des Zentrum in die Parlamente und — nach der Revolution — auch in hohe Staatsämter aufrückten. „Die sozialdemokratische Bewegung," schreibt er, „mit ihrer stark betonten Herausstellung von Arbeitern gab das Beispiel dafür." Er schildert weiter, wie man dann den katholischen Arbeiter zu behandeln versuchte als „den Mohren, der seine Schuldigkeit getan hat", und wie sich der Rückschlag besonders im Kampf um das Kölner Regierungspräsidium manifestierte, bei dem die Arbeiter mit ihrem Kandidaten, Peter Schlack, unterlagen.

Wer noch nicht gewußt hat, erfährt es aus dieser Darstellung: Was an Gegnerschaft gegen das kapitalistische System, an Willen zur Selbstbehauptung durch Sozialismus in den Massen lebendig ist, das beschränkt sich längst nicht mehr auf den bisherigen parteimäßigen Rahmen der sozialistischen Bewegung. Es drängt über ihn hinaus. Und der Arbeiter, der wegen seiner religiösen Bindung im Zentrum seine Partei erblickt, der muß in der Verbindung dieser seiner Partei mit der sozialen und politischen Reaktion etwas Widernatürliches und eine Sünde wider den heiligen Geist empfinden. So mag der Bürgerblock wider Willen das eine Gute bewirken, daß sich die Masse der arbeitenden Menschen über die bisherigen Parteigrenzen hinaus und über vorübergehende Parteikombinationen hinweg mehr als zuvor als ein einheitliches Ganzes fühlen lernt.

Ihre Sammlung zum Kampfe gegen das, was Elfes „das Unsittliche und Unchristliche unseres heutigen Wirtschaftssystems" nennt, ist für sie eine Lebensnotwendigkeit. Hier eröffnet sich für die Sozialdemokratie, die auch hier das Beispiel zu geben hat, eine Aufgabe von weltgeschichtlichen Proportionen. Bürgerblock hin, Bürgerblock her — es gibt in Deutschland einen Arbeiterblock, der nur seiner selbst sich bewußt zu werden braucht. Dann kann ihm nichts widerstehen!

Das italienische Rüstungsfieber.

Wiederaufblühen der Kriegsindustrien.

Von der italienischen Grenze wird uns berichtet:

Die italienische Faschisten-Regierung sucht überall Geld zur Verstärkung ihrer Rüstungen. Eigenartig ist, daß sie, da sie in Amerika keins mehr erhält, es jetzt in Europa und gar in Deutschland erbittet. Die verschiedenen Veröffentlichungen anläßlich der Romreise Thyssens und die Pläne gewisser deutscher Kriegsindustrieller haben nicht wenig Aufsehen erregt.

Man rüstet im faschistischen Italien überall gegen Frankreich, gegen Jugoslawien und, was das Sonderbarste ist, gegen die Schweiz! Eine Krise verheert augenblicklich die italienische Industrie; nur die Rüstungsfabriken blühen. Man sah, wie die gesunkenen Aktien der Fiat-Gesellschaft in dem Augenblick sofort stiegen, als diese Staatsaufträge erhielt. Viele der für das Heer arbeitenden Firmen haben die Kriegsproduktion wieder erreicht, einige sogar übertroffen, wie die Schuhfabrik Rossi in Verona. Eine Militärkommission besuchte kürzlich die Automobilwerke Alfa-Romeo, um sie für die Kriegsproduktion zu übernehmen. Die Kampfgasfabriken erhöhen ihre Erzeugung, insbesondere die Firma Pomilio in Neapel. Der Preis für Chlor ist infolge des großen Verbrauchs für die Staatsaufträge in Stickgas in Italien erheblich gestiegen.

An der Nordwest- und Nordostgrenze werden Flugplätze angelegt. In Fossano (Provinz Cuneo) an der französischen Grenze hat die Militärbehörde drei große Flughäfen eingerichtet. Von der ganzen italienischen Halbinsel werden intensive militärische Vorbereitungen gemeldet und, was die meiste Beunruhigung hervorgerufen hat, die Fabrikation ungeheurer Konservenvorräte. Da es in Italien eine parlamentarische Kontrolle nicht mehr gibt, ein Gesetz aber die Regierung ermächtigt, ihr Budget nach Belieben zu verändern, und außerdem die Pressefreiheit verschwunden ist, ist es völlig unmöglich, hinter die ganze Wahrheit zu kommen. Immerhin beunruhigen diese Rüstungen die Oeffentlichkeit aufs tiefste.

England ermutigt den Faschismus.

London, 19. März. (WTB.). Die italienischen Meldungen über angebliche Mobilisierungsmaßnahmen in Jugoslawien finden in einem Teil der englischen Presse große Beachtung.

„Times" überschreibt ihren Leitartikel „Gefahrsignale auf dem Balkan". Das Blatt führt zu der „sonderbaren von amtlichen und nichtamtlichen Elementen im jugoslawischen Staat gegenüber den Regierungen benachbarter Balkanländer verfolgten Politik" aus: Die wichtigen und beunruhigenden Nachrichten über die Vorbereitungen für eine neue „albanische Revolution" rechtfertigen vollauf die Besorgnisse, die wegen der Richtung empfunden werden, die diese Politik jetzt nimmt. „Times" betont das „international anerkannte Interesse" der italienischen Regierung an der Unabhängigkeit Albaniens.

Südslawien dementiert.

Belgrad, 19. März. (WTB.) Die Agentur Avala erklärt den Inhalt des Artikels des „Giornale d'Italia" über angebliche militärische Vorbereitungen im Königreich Jugoslawien als in jeder Beziehung erfunden.

Der Hungerstreik der politischen Gefangenen in Bulgarien hat die hiesigen bulgarischen Studenten eine Sympathiekundgebung für die Streikenden an die Sofioter Presse und einen Protest an die Machthaber absenden lassen.

Wahlparole: Der Anschluß.

Die Forderung der österreichischen Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschösterreichs veröffentlicht ihren Wahlaufruf für die Nationalratswahlen. Der Aufruf weist eingangs auf die ungarischen Vorbereitungen für die Rückkehr der Habsburger hin. Angesichts dieser Machenschaften erklärt sie:

Die Sozialdemokratie ist die Trägerin und Hüterin der republikanischen und nationalen Idee von 1848, vom 12. November 1918. Unser staatliches Ziel ist und bleibt unverrückbar der Anschluß Deutschösterreichs an die große deutsche Republik.

So wird der österreichische Wahlkampf von der Sozialdemokratie zugleich als nationale Einheits- wie soziale Freiheitsbewegung geführt.

Gegen das private Zündholzmonopol.

Die Sozialdemokratie verlangt ein Handelsmonopol zwecks Preisabbau.

Im Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages wurde am Freitag der Sperrgesetzentwurf, der gemeinsam mit privaten Syndikatsverträgen die deutsche Zündholzindustrie sanieren soll, von den Abg. Heinig (Soz.) und Robert Schmidt (Soz.) einer gründlichen Erörterung unterzogen.

In Deutschland haben wir insgesamt 26 Betriebe, die Zündhölzer herstellen. Die drei Fabriken des Schwedentrustes produzieren 70 Proz. des Bedarfs, die anderen 22 Unternehmungen, zum Teil Zwergbetriebe, erzeugen noch nicht 20 Proz.; die Fabrik der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Genossenschaften wächst ständig. Insgesamt beschäftigen diese Fabriken etwa 4000 Personen. Der Sperrgesetzentwurf will die Entstehung neuer Fabriken unterbinden, läßt aber die Verschmelzung der alten Unternehmungen im Schwedentrust zu.

Das gegenwärtig bestehende Zündholzsyndikat hat schon einmal, kurz nach seiner Gründung, trotz aller Mitbestimmungsrechte des Reichswirtschaftsministers überdies auch gegen den Willen der Großeinkaufsgesellschaft der Konsumvereine die Preise gründlich erhöht; die Preise mußten dann wegen des Skandals wieder abgebaut werden.

Die Sozialdemokratie will, daß man in dieser wichtigen Frage nicht auf halbem Wegen stehen bleibt; sie bekämpft die gesetzliche Fundierung eines Privatmonopols, das auch den deutschen Zündholzexport praktisch für immer unmöglich macht. Sie verlangt ein Handelsmonopol, das mit den bestehenden Fabriken arbeitet und die Preise niedrig hält. Die Großeinkaufsgesellschaft, die schon heute billiger ist als das Zündholzsyndikat, beweist, daß das möglich ist.

Auf Verlangen der Sozialdemokraten hat das Reichswirtschaftsministerium erst noch zureichende Unterlagen vorzulegen, ehe sich der Volkswirtschaftliche Ausschuß weiter mit der Zündholzfrage beschäftigt.

Der weise Magistrat.

Das verweigerte Ebert-Denkmal.

In Regenwalde in Pommern planten Reichsbanner und Gewerkschaften, in den Bahnhofsanlagen einen Ebert-Gedächtnisstein zu errichten. Wie die reaktionäre Presse mit stillem Schmunzeln mitteilt, wurde der Antrag um Hergabe des Platzes vom dortigen Magistrat abgelehnt!

Nun, wir wissen, wo Regenwalde liegt, ganz hinten in Hinterpommern, und wir wissen auch, daß in diesen noch etwas dunklen Landstrichen Ostelbiens Reichsbanner und Gewerkschaften heute noch in der Minderheit sind. Und so ist es dann vielleicht für Regenwalde tatsächlich sogar besser und würdiger, wenn Regenwalde keinen Ebert-Gedächtnisstein erhält, der nachher doch nur von schwarzweißroten Vandalen beschmutzt und besudelt würde.

Die Knechtung Südtirols. Commendatore Alfonso Limongelli ist zum Bürgermeister von Bozen ernannt worden. Er war längere Zeit Präfekt in verschiedenen italienischen Provinzen.

Das Balzac-Haus in Paris.

Von Dr. Scharrenbroich, Paris.

Man wundert sich eigentlich, daß in dieser Stadt so wenige Wohnungen berühmter Leute erhalten sind. Manche hoffen so etwas auf dem Montmartre zu finden. Sie sind enttäuscht, von dem fröhlichen Künstlervölkchen, das dort gehaust haben soll, merkt man nicht mehr viel. Es erheben sich moderne Mietkasernen, und die Künstler sind zum Montparnasse ausgewandert. Es bleibt fast als einzige Sehenswürdigkeit die Wohnung Viktor Hugos, deren Einrichtung einen erbarmungswürdig schlechten Geschmack beweist. Man sieht zum Balkon eines Hauses in der Nähe der Champs-Elysées hinauf, auf dem der kranke Heine oft gelegen haben soll. Das ist fast alles. Aber glücklicherweise machte man mich auf ein kleines Häuschen aufmerksam, das nicht im Bädeker steht, aber sehr verdient, von Menschen aufgesucht zu werden, die für die Poesie eines Weimarer Dichterhäuschens Sinn und die Sehnsucht haben, etwas Aehnliches hier zu erleben.

Wer das Pariser Trokaderomuseum besucht, ahnt meist wohl nicht, daß er sich fünf Minuten von einem der idyllischsten Plätzchen des Paris der Biedermeierzeit befindet. Damals gab es hier in Passy nur kleine Landhäuschen, wo jetzt große Mietwohnungen sich erheben. Denken wir an Charlottenburg! Das Häuschen Balzacs, das aus vier Zimmern nebst Küche, alle zu ebener Erde, bestand, liegt hoch über der Seine und bot früher sicherlich einen prachtvollen Ausblick auf das Flußtal im Westen der Stadt. Wie bescheiden haben doch damals die Menschen gewohnt! Die Zimmer sind klein und ganz einfach eingerichtet. Das Ganze macht fast den Eindruck eines Schreberhäuschens. Von dem Luxus, den Balzac sich bisweilen gestattet haben soll, merkt man nichts, wenn man nicht den köstlichen Kruzifixus von Bouchardon ausnimmt. Sein Arbeitszimmer ist besonders stimmungsvoll und ergreifend. Man sieht dort einen kleinen Tisch mit einer Bronzehand, die die menschliche Komödie geschrieben hat, eine kleine, dicke, fleischige Hand mit kurzen Fingern. Eine Tischlampe mit drei Kerzenhaltern, das Lexikon von Bayle, in der Ecke eine Napoleonstatuette, an den Wänden viele Porträtreproduktionen und Abbildungen von Zeitgenossen und Karikaturen Balzacs. Ein Fenster geht auf einen Abhang, das andere auf das kleine Terrassengärtchen, das schon ganz frühlingsmäßig grün ausschaut. Hier hat Balzac 7 Jahre gewohnt und in dieser Zeit 43 Werke geschrieben. Seinen Lebenslauf von damals hat er selbst folgendermaßen beschrieben. Um 12 Uhr mitternachts stand er auf und arbeitete bis 8, frühstückte eine Viertelstunde und arbeitete bis 5, legte sich dann zu Bett und um 12 Uhr begann das — Tagewerk von neuem. Man kann es eigentlich nicht so nennen, denn er arbeitete ja fast Tag und Nacht. Mit einiger Rührung sieht man die kleine Kaffeekanne, die dazu diente, die ermüdeten Nerven aufzupeitschen, und die vielleicht zu seinem frühen Zusammenbruch beigetragen hat.

Im Zimmer zwitscherten Kanarienvögel und draußen in der Vorfrühlingssonne, die hier schon recht mildes Wetter bringt, die Vögel im Gärtchen, und nichts würde vielleicht mehr daran erinnern, daß hier ein Titan es sich hat schwer werden lassen, wenn nicht unsterblicher Ruhm seine Werke belohnt hätte.

Vorfrühlingstage. Ueber weite Wiesen und Felder wiegen Weiden ihre Sehnsucht her und hin. Finken wölben ihre Brüste, locken silberne Perlen aus blutendem Geäst. Heiligenscheine umstrahlen jeden knospenbrechenden Baum.

Der Winter geht. Ungestüm lehnt sich der Frühling an jedes Herz. Brotkeime brechen auf und grüne Fluten entströmen der brotbraunen Erdrinde. Geht ein Tasten und Zittern von Halm zu Halm, wie suchende Kinderhände nach brennenden Brüsten. Die Sonne streichelt die Felder und Winde scheiteln die Saat.

„Frühling, Frühling!" hebt es an in dir und all dein rotes Blut fließt so leicht, als wären die roten Adern lauter belebende Bächlein um deine kalkigen Knochen.

Wandern mußt du und mußt deine Pulse schlagen lassen, daß alles Grau vor Freud und Lust vergeht!

Wandern mußt du und mit Lerchen Lieder durch die Kehle jagen, daß sich jede Sehne in dir spannt und alles in dir singend mitschwingt!

Kiloweise mußt du kilometerweit den Teig der aufgeweichten Muttererde an den Füßen mitschleppen und im Licht der Frühlingssonne alle Zweifel verbrennen, dann verneigst du dich am Abend mit dem Tage vor der klaren Nacht.

Kommt das Abendrot, mit Feuerlohen alle Dörfer, alle Städte anzuzünden, umschmiegt die Nacht den strahlenden Tag und zieht ihn zu sich in den Sternenschoß. Aus widerspiegelnden Fenstern der Dörfer und Städte leuchten noch einmal voll seiner Funken und Blitze alle Schmerzen mit ihren Freuden auf, dann wandern die Sterne mit uns durch die Nacht.

Sterndurchflutet atmen Baum und Mensch dem nahen Frühling zu. C. P. H.

„Wissen Sie schon?" Auf diese Frage der neuen Revue des „Theaters des Westens" sollte man nur antworten: „Nie sollst du mich befragen." Aber immerhin will ich verraten, daß es 25 Bilder gibt, die — wie immer — sehr lose aufgereiht sind auf dem Fädchen einer Rahmenhandlung, daß eine Kompagnie von Mitarbeitern genannt wird (von den reichlich benutzten Schlagerunternehmern ganz zu schweigen), und daß merkwürdigerweise die Geldgeber unter den Triumphatoren des Schlußbildes immer noch nicht vertreten sind (warum eigentlich nicht?) Wer mehr wissen will von Emil Schwarz, dem Revueopter, Martin Zickel, des Regisseurs Leuten, kaufe sich das Zettelbuch. Wer aber meint, daß die Revue nun endgültig tot ist, der sehe sich das blaue Ballett, die entzückendste Farbensymphonie in Blau an, die je auf einer glitzernden Treppe sich aufgebaut hat, und gestehe, das war noch nicht da. Die dekorativen und Schneiderkünste feiern Triumphe, ganz gleich auf welche Stilart sie angewendet werden. Der Witz ist eingeschlafen, die aktuelle Anspielung kümmerlich. Das patriotische Brimborium fehlt natürlich nicht: Deutschmeisteraufzug und Parademarsch der Fridericianer (der meist geprügelten Soldaten der Welt). Aber fast vergessen wir über lauter Tanzmädchen und Sowjetverulkung (blöder Ari), und Dornröschendeutung frei nach Freud die Glanznummer zweier urechter Berliner nicht: Lotte Werckmeister und Hugo Fischer-Köppe (auch sonst ein Köppchen) im Grunewald sich gegenseitig anmeckernd. Das ist zum Kugeln! Und dann und ... dann: unter all den schwirrenden Tanzbeinen (die Akrobatin Sayton ist eine Extranummer ersten Ranges), ist eine Tänzerin, die mit dem ganzen Körper vibriert, die den Tanz im Blut (und im Bauch) hat: Ruth Bayton. Sie haftet noch, wenn 15 andere Nummern längst vergessen sind. —r.

Die drohende Ausrottung der Walfische. Die Expedition der norwegischen Roß-Meer-Gesellschaft nach der Antarktis hat zu einem furchtbaren Gemetzel unter den dortigen Walfischherden geführt, und man hat Walfischtran im Werte von 500 000 Pfund erbeutet. Die neuseeländische Regierung erwägt aus diesem Anlaß, Mittel zu ergreifen, um die vollständige Ausrottung der Walfische zu verhindern. Die Tatsache, daß der Tran, der in dieser Saison im Roß-Meer erbeutet wurde, so viel wert ist wie die ganze Holzausfuhr aus Neuseeland in einem Jahr, muß zu denken geben, und man fürchtet, daß das Roß-Meer bald von Fängern überflutet sein wird, die keinen einzigen Walfisch mehr am Leben lassen. Der australische Forschungsreisende Douglas Mawson erklärt in diesem Zusammenhang, daß die Walfische im Südpolar-Meer in 20 Jahren sicherlich ausgerottet sein werden, wenn nicht die größten Anstrengungen gemacht werden, um den Walfischfang einzudämmen.

Erstaufführungen der Woche. Dienst. Komödie: „Mannequins". **Mittw.** Volksbühne: „Gewitter über Gotland". — Renaissance-Th.: „Aprilwetter". **Freit.** Deutsches Theater: „Der Arzt am Scheidewege". **Sonnab.** Komödienhaus: „Das zweite Leben". Tribüne: „Spiel im Schloß".

Urania-Veranstaltungen. Sonnt. (7): „Die Rettung Schiffbrüchiger". **Täglich:** Ueber Kiwatins Eisfelder". **Ab Montag** tägl.: „Das Rätsel der Schöpfung". **Mittw.** (7) Max Gröhl: Die deutsche Nil-Rudolfsee-Kaiserexpedition". **Sonnab.** (9): Vom Rohstim zum Kinopalast". — Im Hörsaal: „Das rote Geheimnis" u. „Canada".

Einen „Russischen Abend" veranstaltet das Berliner Sinfonie-Orchester Sonntag 8 Uhr im Büchner-Saal unter Leitung von Emil Bohnke. Erna Metzler wird das Klavierkonzert von Rachmaninow zum Vortrag bringen.

Franz Werfel liest auf dem 7. Dichterabend des Verbandes Deutscher Erzähler Sonntag abend 8 Uhr im Reichstag neue Lyrik und Prosa.

Beethoven-Ausstellung. In der Hochschule für Musik werden Handschriften und Erstdrucke Beethovenscher Werke in der Zeit vom 21.—26. März ausgestellt (Fasanenstr. 1, Portal IV, Sammlung alter Musikinstrumente). Besichtigungszeit 11—5 Uhr, am 26. März von 9—6 Uhr. Der Zutritt ist unentgeltlich.

Goethe in Lyon. Im Jahre 1914 hatte die Stadt Lyon eine Städteausstellung veranstaltet, zu der das Goethe-Haus in Frankfurt a. M. Manuskripte und Erinnerungsstücke beigesteuert hatte. Nach langwierigen Verhandlungen sind 1924 die Ausstellungsgegenstände freigegeben worden. Jetzt endlich werden sie nach Frankfurt zurückkehren.

Kultusetat im Landtag.

Turnunterricht in Spandau.

Der Landtag setzte heute früh die Aussprache über den Kultusetat fort. Nachdem Abg. Frau v. Tiling (Dnat.) sich für die Privatschulen eingesetzt hatte, und Abg. Frau Wronka (Z.) sich für die Verlegung der Ausbildung der weiblichen Turnlehrerinnen von Spandau nach Oranienburg ausgesprochen hatte, da in Spandau auf die besondere Bestimmung des Weibes angeblich nicht genügend Rücksicht genommen wird, erhielt das Wort

Abg. Frau **Ovenkrop** (Soz.):

Die Bestrebungen der Jugend, den Körper und Geist zu stählen, haben in allen Organisationen erfreulicherweise in den letzten Jahren gewaltig an Umfang zugenommen. Das Durch- und Gegeneinander der einzelnen Verbände muß aber durch eine Zentrale, bei der alle Fäden zusammenlaufen, beseitigt werden. Dazu ist die Regierung die einzig berufene Stelle und die Hochschule für Leibesübungen in Spandau der einzig geeignete Ort. Hier können die berufenen Erzieher der Jugend das Rüstzeug bekommen, das sie für ihre außerordentlich wichtige Tätigkeit gebrauchen. Leider hat Spandau nicht die erforderliche Zahl von Lehrkräften, besonders an weiblichen herrscht Mangel. Die Vorwürfe des Zentrums gegen Spandau verstehen wir nicht, da beispielsweise die Trennung der Geschlechter beim anatomischen Unterricht durchgeführt wird. Ein katholischer Turnlehrer hat kürzlich im Gegensatz zu der offiziellen Meinung der römischen Kirche die große Bedeutung des Mädchenturnens hervorgehoben. Mit dem einheitlichen Lehrplan des gemeinsamen Turnunterrichts für Knaben und Mädchen hat Oesterreich außerordentlich gute Erfahrungen gemacht, die zur Nacheiferung anreizen sollten. (Bravo! bei den Sozialdem.)

Damit schließt die Aussprache über den Abschnitt „Provinzialschulkollegien und höhere Lehranstalten", und es beginnt die Erörterung über die Universitäten und sonstigen wissenschaftlichen Anstalten. Berichterstatter sind die Abgg. Dr. Waentig (Soz.) und Dr. Faßbender (Z.).

Abg. Dr. **Rosenfeld** (Soz.):

Der Universitätsetat erfordert jetzt einen Zuschuß von 58 Millionen Reichsmark, eine Summe, die Anerkennung und Beachtung verdient. Allerdings könnte ein großer Teil von Vorlesungen zugunsten von Seminaren eingespart werden. In diesem Sinne hat bisher Fichte den Universitätsbetrieb vor über hundert Jahren als mittelalterlich kritisiert. Die Spezialisierung unserer Wissenschaft und die Ausdehnung der Vorlesungen sollten immer mehr die pädagogischen Gesichtspunkte in den Vordergrund treten lassen. Auch die Neuregelung der Kolleggelder ist dringend erforderlich. Das willkürliche und ungerechte Gebührensystem ist eines modernen Staates unwürdig. Im übrigen erwarten wir, daß der Minister im Sinne der im Landtag bereits gemachten Ausführungen über seine Verordnung, die die studentische Selbstverwaltung betrifft, fest bleibt. Die Pforte zum Universitätsstudium, das Abiturium, muß weiter geöffnet werden, damit auch das nicht amtlich abgestempelte Wissen den Weg zur Hochschule findet. Wir erwarten deshalb den Ausbau der Begabtenprüfungen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. **Semmler** (Dnat.): Politische Gesichtspunkte sollten bei Berufung von Hochschullehrern nicht maßgebend sein.

Bei Schluß der Redaktion dauert die Debatte noch an.

Deutschnationale Agrarpolitik.

Höhere Ernteerlöse — mehr polnische Arbeiter!

Der Reichs-Landwirtschaftsminister Schiele hat den deutschen Verbrauchern und den Arbeitern goldene Berge versprochen, wenn man sich auf das phrasenhafte Agrarprogramm des Reichslandbundes einigen würde. Nahrungsfreiheit, Gesundheit und Zufriedenheit, wenn auch nicht gerade Reichtum und Wohlstand, kündigte er dem staunenden Volke an, wenn man sich nur der Führung der deutschnationalen Großagrarier anvertraue, die Nahrungsmittel tüchtig durch Schutzzölle verteuere und nicht gegen den Großgrundbesitz aufmucke.

Leider haben die deutschen Verbraucher und die Arbeiter ebenso wie die Bauernschaft mit dieser großagrarischen Führung bisher andere Erfahrungen gemacht. Jetzt werden eben Tatsachen bekannt, die auf die Vorgänge allerneuester Zeit ein besonderes Licht werfen und zeigen, wie sich die Praxis der deutschnationalen Agrarier von ihrer Theorie unterscheidet.

Die Getreideernte des Jahres 1925 war außerordentlich gut. Obwohl damals die Roggenpreise verhältnismäßig niedrig waren, haben nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts die Verkaufserlöse der Landwirtschaft eben wegen der größeren Erntemengen sich wesentlich gesteigert. Einen besonderen Anteil daran hatte selbstverständlich der Getreide bauende Großgrundbesitz, der aus den hohen Zöllen erheblichen Nutzen zog. Man hätte annehmen sollen, daß nun die Landwirtschaft imstande wäre, zur Frühjahrsbestellung 1926 größere Arbeitermassen aufzunehmen. Der deutsche Arbeitsmarkt hatte eine solche Entlastung auch bitter notwendig, da die Arbeitslosigkeit im Frühjahr 1926 noch größer war als heute.

Tatsächlich hat sich gezeigt, daß die Landwirtschaft auch mehr Arbeitskräfte braucht und beschäftigen kann. Was tun aber die deutschnationalen Großagrarier? Während sie in ihrer Presse die größte Hetze gegen Polen und polnische Einwanderer veranstalten, holen die deutschnationalen Gutsbesitzer im verstärkten Maße polnische Wanderarbeiter herein. Im ersten Halbjahr 1926 wurden nicht weniger als 72 800 polnische Wanderarbeiter nach Preußen hereingelassen — beträchtlich mehr als früher! —, und das zu einer Zeit, wo die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit bei uns am größten war. Der steigende Wohlstand der Großagrarier ist also nicht dem deutsche Arbeiterstand, sondern den polnischen Wanderarbeitern zugute gekommen.

Die Einfuhr polnischer Schweine und polnischer Gerste will man verhindern. Dadurch könnten ja die Lebensmittel für den deutschen Arbeiter billiger werden! Man propagiert, um diese Verbilligung der Lebensmittel zu vermeiden, den Zollkrieg mit Polen und beraubt auf diese Weise Tausende von deutschen Industriearbeitern der Arbeitsmöglichkeit, die sie bei einem verstärkten Absatz nach dem Osten haben würden. Gleichzeitig aber holt man die polnischen Wanderarbeiter herein, um die deutschen Landarbeiterlöhne niedrig halten zu können.

Das sind die Taten der deutschnationalen Agrarpolitik. Wir zweifeln nicht, daß Herr Schiele nun mit neuen Versprechungen aufwarten wird.

Der harmlose Stahlhelm.

Waffenbeschlagnahme in Hannover.

Hannover, 10. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Kriminalpolizei gelang es, bei einem Mitgliede des Stahlhelms namens Stock, 13 Gewehre, Modell 98, ein leichtes Maschinengewehr und eine Kiste Uebungsmunition zu beschlagnahmen.

Die Entlassung deutscher Arbeiter in Oberschlesien brachte Sejmabg. Kowoll (Soz.) beim Wojewoden zur Sprache. Der Wojewode erklärte sich zur Untersuchung dieser Angelegenheit bereit.

Gegen das Lustbarkeitsgesetz.

Machtvoller Protest von 14 Jugend- und Kulturorganisationen.

Das Arbeiter-Kulturkartell Groß-Berlin hatte für gestern abend eine Kundgebung der Berliner Arbeiterjugend gegen das kommende Gesetz zum Schutz der Jugend gegen Lustbarkeiten in die Prachtsäle am Märchenbrunnen am Friedrichshain einberufen, an der sich nicht weniger als 14 Arbeiterjugend- und Kulturorganisationen beteiligten.

Anfangs kamen die Besucher nur recht spärlich, bald aber lüftete sich das Geheimnis. Die Jugend hatte es sich nicht nehmen lassen, nach Fabrik- und Geschäftsschluß zuerst zu den Gräbern der Märzgefallenen im Friedrichshain zu gehen und die Toten der ersten deutschen Revolution zu ehren. Dann aber setzte ein so mächtiges, unaufhörlich anschwellendes Zuströmen der Massen ein, wie man es bisher kaum auf einer Demonstration der Jugendlichen gesehen hat. Der Saal erwies sich als zu klein. Wohl an die 1700 junge Menschen mochten endlich drinnen sein. Ein feierlicher Moment, als die vielen, vielen roten Fahnen durch den Mittelgang zur Bühne gebracht werden. Alles erhebt sich von den Plätzen, um die Kampfzeichen zu grüßen. Spontan stimmen ein paar einen Weihegesang an. Alles fällt ein. Mächtig zieht das Lied durch den Saal. Dann spricht der Reichstagsabgeordnete Genosse Dr. Kurt Löwenstein. Mit geschickten Worten knüpft er an das soeben gehabte Erlebnis der Totenehrung im Friedrichshain an: 1848 lagen die Methoden der Reaktion offen zutage, heute sind sie anders geworden: **versteckt und heimlich.** Die Reichsverfassung verbietet ja eine Zensur. Wie man es zu machen gedenkt, dafür ist das Schmutz- und Schundgesetz, das den Anfang bildet, der Beweis. Ein neues Gesetz zum Schutz der Jugendlichen gegen Lustbarkeiten ist im Anzuge. Die Gefahr ist sehr groß. Der Reichstag hat sich schon eingehend mit dem Entwurf beschäftigt. Es muß der Oeffentlichkeit gelingen, die Gefahr abzuwenden. Man will die Jugend vor Lustbarkeiten schützen, und die Jugend, wenigstens die Arbeiterjugend, ist doch heute schon so weit, daß sie minderwertige und anrüchige Lustbarkeiten gar nicht mehr besucht, weil sie sich ihre eigenen Freuden geschaffen hat. Der § 1 des neuen Gesetzes soll heißen: Für bestimmte öffentliche und nicht öffentliche Lustbarkeiten, Schaustellungen und Darbietungen aller Art ist durch besondere Anordnung der Besuch und die Beschäftigung von Minderjährigen unter 18 Jahren zu verbieten, wenn aus dem Besuch eine Schädigung der körperlichen, sittlichen oder geistigen Entwicklung zu befürchten ist.

In Bayern ist es heute schon so weit, daß es den **Fortbildungsschülern verboten ist, der Arbeiterjugend anzugehören** und deren Veranstaltungen zu besuchen. In Zukunft wird nach dieser Gesetzesfassung jede Veranstaltung der Arbeiterjugend in Deutschland eine solche werden können, die verboten wird. **Ein Abgeordneter der Bayerischen Volkspartei hat erklärt, daß die Bewegungen einer Vorturnerin in ihrem Turngewand unsittlich wirken.** (Brausendes Gelächter.) Das zeigt, welche ungeheure Gefahr von der Seite der Mucker, Heuchler und Sittlichkeitsschnüffler droht. In der Regierungsvorlage war ein Kannverbot vorgesehen. Der Reichstagsausschuß hat verschärfend daraus ein Mußverbot gemacht. Wenn das Gesetz durchgeht, wird eine Bespitzelung und Beschnüffelung in ungeahntem Umfang einsetzen. Der Schutzmann soll künftig entscheiden, was der Jugend dienlich ist. Der Willkür untergeordneter Verwaltungsorgane ist Tür und Tor geöffnet. Die proletarischen Jugendorganisationen in den kleinen Städten und auf dem Land werden vernichtet werden. Nicht die Schulmänner, Erzieher und Jugendführer werden das Wort haben, sondern die Polizei und die Kirche, wie es ja heute bereits wieder in Bayern der Fall ist. Die Jugend, die Freunde der Jugend, die Freunde einer freien und edlen Jugend- und Volkskultur müssen solchem Begehren der politischen und kulturellen Reaktion Kampf ansagen und müssen diesen Kampf mit gestraffter Energie führen.

Nach den mit großem Beifall aufgenommenen Worten des Genossen Dr. Löwenstein zeigte Genosse Westphal eine Anzahl Lichtbilder, die das ungeheur **erschütternde Wohnungs- und Ernährungselend der Jugend** vor Augen führten. Als er mit den Worten schloß: Wenn die Regierungen und Parlamente des Reiches und der Länder durch Gesetzesmaßnahmen dieses alle Begriffe übersteigende, zu körperlichem, sittlichem und geistigem Verfall der Jugend führende Elend der Jugend beseitigen würden, wollten Arbeiterjugend und Arbeiterkulturbünde an dem Zustandekommen solcher Gesetze gern mitarbeiten, rauschte machtvoller Beifall durch den Saal. Und dann kam etwas Wunderschönes: Proletariermädel von der Freien Turnerschaft Groß-Berlins führten einen Gymnastikreigen auf, der wert wäre, gefilmt zu werden, um auch den Außenstehenden zu zeigen, wie ernst das Kulturstreben der neuen proletarischen Jugend ist. Daran schlossen sich mit Jugendturnern Freiübungen, die in einer schön gestellten Pyramide endeten. Dann jubelte es durch den Saal: „Brüder zur Sonne, zur Freiheit!", ein machtvoll wirkender Abgesang dieser wohlvorbereiteten Veranstaltung, die für die herrschende Klasse eine ernste Mahnung bedeutet.

Boxerseppel.

Das Erbe der Eltern.

Der Gegenstand der Gerichtsverhandlung bot in diesem Falle nichts Bemerkenswertes. Der Strafgefangene H. in Tegel war durch seine 18 Monate Gefängnis dermaßen überreizt, daß er allein schon die Anwesenheit seines Zellengenossen S. nicht mehr vertragen konnte. Er hatte einige Male vergebens um Versetzung gebeten. Gelegentlich einer Unterhaltung nannte ihn S. einen Idioten und erhielt dafür einen derart heftigen Schlag ins Gesicht, daß er eine klaffende Rißwunde davontrug. Wegen der Körperverletzung hatte sich nun H. vor dem Einzelrichter Berlin-Mitte zu verantworten. Die Unbedeutendheit des Falles führte zu einem Freispruch. Aus dem Gutachten des Gefängnisarztes Dr. Bürger, der den H. als labilen Psychopathen und moralisch minderwertigen Menschen schilderte, erfuhr man aber die Lebensgeschichte dieses 30jährigen Menschen. Ein bizarres und trauriges Leben, dies...

H. ist Sohn eines bekannten Berliner Brauereiingenieurs, der es zu einem großen Vermögen gebracht hat. Seine Frau, in deren Adern leichtlebiges polnisches Blut rollte, lebte mit den Kindern größtenteils im Auslande, führte hier ein verschwenderisches Leben, scheute nicht vor Schulden zurück und machte den damals noch neunjährigen Knaben zu ihrem Vertrauten. Der Junge wurde gewissermaßen beim Vater zum Blitzableiter für die Sünden der Mutter. Der jähzornige Mann, der sich mehr als einmal an fremden Leuten vergriffen hatte, schonte auch seinen Sohn nicht. So erhielt der Knabe von der Mutter mit ins Leben den Leichtsinn und vom Vater den brutalen Jähzorn. Die Volksschule besuchte er bald in einem, bald in dem anderen Lande, mit vierzehn Jahren wollte es nicht mit dem Lernen vorwärtsgehen. Die sechsmonatige Lehrzeit beim Onkel endete damit, daß der Neffe auf ihn mit dem Hammer losging. Die Anstellung in einer Brauerei fand in einer Prügelei mit dem Lehrmeister ihren vorzeitigen Abschluß. Dann besuchte H. drei Semester die Brauereischule in Oesterreich, nahm eine Anstellung an als Techniker in einer Brauerei und kam schließlich als Freiwilliger in den Krieg. Wegen einer Kriegsverletzung entlassen, sehnte er sich nach dem Tode seiner Mutter und seines Bruders mit dem Vater aus und nahm eine Anstellung an. Als ein unbedeutender Diebstahl, der eigentlich keiner war, ihm eine Gefängnisstrafe einbrachte, meldete er sich wieder freiwillig zum Militär und wurde fahnenflüchtig, als man ihn wegen seiner Vorstrafen in die Arbeitskompagnie versetzte. Die Vorstrafen waren es auch, die ihn nach dem Kriege um seine Stellungen brachten. Nun sank er von Stufe zu Stufe, holte sich eine Strafe nach der anderen, betätigte sich als Boxer — man nannte ihn „Boxerseppel" — und trieb Jahre lang Vagabondage. In Berlin aber lebte sein reicher Vater. Das Bewußtsein, daß dieser ihm nicht helfen will, machte ihn zum verbitterten, gehässigen, ränkesüchtigen, unverträglichen Menschen; dem Vater und der Mutter, seiner Erziehung und den Gerichten maß er die Schuld für sein unglückliches Leben bei. Auch im Gefängnis fügte er sich schwer in die Ordnung, belästigte die Behörden mit Briefen, die er mit „Boxerseppel" unterschrieb, sprach zynisch von sich: „In der Freiheit lebe ich vom Boxen und von Frauen". Und plötzlich eine Wendung in seinem Leben. Jetzt, da er gerade seine zweieinhalbjährige Strafe wegen Betruges verbüßt, starb sein Vater; so wurde er unter gewissen Bedingungen Erbe eines großen Vermögens, worunter sich auch eine Brauerei in Oesterreich befindet. Der „Boxerseppel" glaubt aber nicht, daß es ihm gelingen werde, ein neues Leben zu beginnen. Er glaubt, daß die materielle Erbschaft ihn nicht von dem körperlichen und geistigen Erbe seiner Eltern retten kann. Leider ist die Wahrscheinlichkeit, daß er hierin recht hat, sehr groß.

Mit dem Auto in die Fensterscheibe.

Ein schwerer Straßenunfall ereignete sich gestern nacht gegen 3 Uhr in der Fennstraße. Der Fahrer einer in flotter Fahrt herankommenden Kraftdroschke verlor infolge Versagens der Steuerung die Gewalt über seinen Wagen, fuhr über den Bürgersteig geradeswegs in eine Schaufensterscheibe hinein. Die Scheibe und die Auslagen wurden vollständig zertrümmert. Ein Passant, der Eisenbahner R. Putzke aus der Christianiastraße, der gerade vom Dienst heimkehrte, wurde von der Kraftdroschke erfaßt und mitgerissen. Durch herumfliegende Glassplitter zog er sich eine schwere Schlagaderverletzung zu. In bedenklichem Zustande mußte der Verunglückte in das Virchow-Krankenhaus gebracht werden.

Der Tod auf den Schienen.

Auf einem Gütergleis zwischen Ruhleben und Moabit wurde heute früh um 6 Uhr ein schauriger Fund gemacht. Ein Rottenführer sah neben den Schienen die Leiche eines etwa 50jährigen Mannes liegen, der der Kopf vom Rumpf getrennt war. Der Befund läßt unzweifelhaft darauf schließen, daß sich der Unbekannte, der keinerlei Papiere bei sich trug, in selbstmörderischer Absicht vor einen Zug geworfen hat. Die Leiche wurde beschlagnahmt. — In gleichfalls selbstmörderischer Absicht stürzte sich heute früh gegen 5 Uhr die Ehefrau Martha Krawunder aus der Moltkestraße 9 zu Fangschleuse auf den Gleisen der Strecke Fürstenwalde—Berlin vor die Räder eines heranbrausenden Fernzuges. Die Selbstmörderin wurde auf der Stelle getötet. Der Grund zu dem Verzweiflungsschritt ist noch unbekannt.

Eröffnung der Reichsgastwirtsmesse.

Die alte Autohalle am Kaiserdamm hat wieder dem Gastwirtsgewerbe Platz gewährt. In gewohnter Weise wurde heute vormittag die Frühjahrsgastwirtsmesse in Gegenwart zahlreicher Ehrengäste aus Fachwelt, Presse, Behörden und Parlamenten eröffnet. Die gutbeschickte Messe mit etwa 500 Ausstellern bietet in höherem Maße als im Vorjahre ein geschlossenes Bild der einschlägigen Industrie. Oberbürgermeister Böß sprach einleitende Worte, in denen er die Tatsache feststellte, daß seit Begründung des Berliner Messeamtes und seit Gastwirtsmessen in Deutschland überhaupt veranstaltet werden, dies die größte Ausstellung dieser Art, sogar die größte Fachmesse der Branche ist. Darauf sprach der Präsident des Deutschen Gastwirtsverbandes, Emil Köster, und im Anschluß daran der Präsident der Gast- und Schankwirte in Berlin, Otto Strauß. Die Messe bietet wieder alles, was die Gastwirte in ihren Betrieben brauchen. Wie groß das Interesse für die Messe in der Provinz ist, geht daraus hervor, daß neben Tausenden von Einzelgästen aus allen Teilen des Reiches am Eröffnungstage ein ganzer Extrazug aus Schlesien in Berlin eingetroffen ist.

Feuer in der Wallstraße.

Mehrere Löschzüge der Feuerwehr wurden gestern nacht kurz nach ½2 Uhr nach dem Grundstück Wallstraße 15 alarmiert, wo in den Fabrikationsräumen einer Regenmäntelfabrik Feuer ausgebrochen war. Nur mit großer Mühe konnten die Wehrleute in den durch eiserne Türen gesicherten brennenden Raum vordringen. Nach ziemlich zweistündiger Tätigkeit war die Gefahr beseitigt. Das Feuer ist vermutlich durch Fahrlässigkeit entstanden. Am Freitag nach Arbeitsschluß wurde vergessen, ein elektrisches Bügeleisen auszuschalten, das infolgedessen den Tisch in Brand setzte. Das Grundstück Wallstraße 55 wird noch durch das Großfeuer, das vor einiger Zeit den Dachstuhl und Teile der oberen Etage vernichtete, in vieler Erinnerung sein.

Frühlingsschau der KGB.

Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend e. G. m. b. H. veranstaltet in der Zeit vom 23. bis 30. März d. J. in den Gesamträumen des Berliner Gewerkschaftshauses, Berlin, Engelufer 24/25, eine Frühlingsschau, die dazu dienen soll, der breiten Oeffentlichkeit die konsumgenossenschaftlichen Leistungen auf dem Gebiete der Warenvermittlung und der Warenerzeugung vor Augen zu führen. Es gelangen in reichhaltigster Auswahl und übersichtlichster Form u. a. zur Ausstellung: Damen-, Herren- und Knabenbekleidung, Herrenartikel, Mantel- und Kleiderstoffe, Gardinen, Teppiche, Möbelstoffe, Leinen- und Baumwollwaren, Wäsche, Trikotagen und Strümpfe, Badeartikel, Schuhwaren, Artikel für Sport und Reise sowie Artikel für Siedler, Garten und Balkon. Einen breiten Raum werden in der Veranstaltung Modevorführungen größten Umfanges in Anspruch nehmen, die sich mehrmals an jedem Tage wiederholen werden.

Die erste Morgenfeier im Rundfunk veranstaltet das Arbeiter-Kultur-Kartell Groß-Berlin am Sonntag, dem 20. März, vormittags 10,20 Uhr mit folgendem Programm: 1. Präludium in Es-Dur, J. S. Bach, (Walter Drwenski, Orgel); 2. a) Frühlingsglaube, Franz Schubert, b) Er ist's, Hugo Wolf, (Hertha Dehmlow); 3. Erwachendes Leben, (Artur Crispien, M. d. R.); 4. a) Wach auf, Richard Wagner, b) Ach du klarblauer Himmel, Fr. Silcher, c) Hebt eure Fahnen in den Wind, M. Englert, (Der Junge Chor, Dirigent Prof. Heinz Tiessen); 5. Toccata in C-Dur, J. S. Bach, (Walter Drwenski: Orgel).

Der Mieterbund des Verwaltungsbezirks Steglitz wird am Sonntag, den 20. März, vormittags 11 Uhr, anläßlich der Einweihung seines neuerbauten Wohnhauses in Berlin-Steglitz, Bismarckstr. 46/47, (Nähe Stadtpark) in Gegenwart von Vertretern der Behörden eine Feier veranstalten, die mit einer Besichtigung des Neubaues beginnt. Im Anschluß daran wird im Stadtparkrestaurant eine Veranstaltung stattfinden, während abends in den Räumen des Restaurants „Hohenzollern", Steglitz, Mittelstr. 1/2, ein Festabend die Einweihung beschließen soll.

Wirbelstürme in den Vereinigten Staaten.

Springfield (Missouri), 10. März. (WTB.) Ein Tornado, der zweite innerhalb 48 Stunden, hat in der vergangenen Nacht das nördliche Arkansas heimgesucht. In Greenforest wurden 25 Personen getötet.

Reichswehr und Arbeiter.

Das Reichswehrministerium hat vor einiger Zeit seine Dienststellen nochmals auf eine Verfügung aufmerksam gemacht, wonach Arbeitnehmer, die einer politischen Organisation angehören, die sich den Umsturz der verfassungsmäßigen Staatsform des deutschen Reiches zum Ziele gesetzt hat, mit tariflicher Kündigungsfrist zu entlassen seien und ihnen der Schutz des Betriebsrätegesetzes nicht zustehe. Neben dieser Verfügung besteht leider noch eine weitere Verfügung, wonach es den Arbeitern in den Dienststellen des Reichswehrministeriums auch während ihrer Arbeitszeit verboten ist, Gewerkschaftszeitungen zu verteilen, Beiträge für die Organisation einzukassieren und Mitgliedsbücher zu kontrollieren.

Ein bei Herrn Geßler persönlich eingebrachter Antrag der Arbeitnehmerorganisationen konnte ihn nicht dazu bewegen, diese Verfügung zurückzuziehen, weil vermutlich der Einfluß seiner untergebenen Geheimräte stärker war als seine persönliche Ueberzeugung. Dessenungeachtet haben nun die Arbeiter bei dem Nebenzeugamt Königsberg diese Angelegenheit zum Gegenstand einer Klage beim staatlichen Schlichtungsausschuß gemacht, der unter dem 1. März 1927 gemäß § 75 des Betriebsrätegesetzes nachstehende Entscheidung erlassen hat:

Die in dem Zeugamtsbefehl vom 12. Januar 1927 unter 1 und 2 genannten Vorschriften gelten als Gemeinsame Dienstvorschriften mit Wirkung vom Tage dieser Entscheidung ab und erhalten folgenden abgeänderten Wortlaut:

1. Sammeln von Vereins- und Verbandsbeiträgen, Kontrollen von Mitgliedsbüchern und dergl. innerhalb des Zeugamtsgeländes sind verboten. Geldsammlungen zu Unterstützungszwecken bedürfen einer vorherigen Anmeldung. Ausgenommen von den Vorschriften des Satzes 1 ist das Einziehen von Gewerkschaftsbeiträgen und die Kontrolle von Gewerkschaftsmitgliedsbüchern während der Pausen, wobei jede Beeinflussung der nicht zu der betreffenden Gewerkschaft gehörenden Arbeitnehmer verboten ist. Der Betriebsrat ist befugt, im Rahmen seiner Zuständigkeit sachliche Bekanntmachungen an die Arbeitnehmer des Betriebes durch Anschlag zu erlassen, z. B. Ankündigungen einer Betriebsversammlung.

Das Verteilen, Auslegen, Bekanntgeben oder Anbringen von Zetteln, Listen, Drucksachen und Aushängen aller Art innerhalb des Zeugamtsgeländes ist jedermann verboten, mit Ausnahme des Verteilens von rein gewerkschaftlichen Zeitungen und rein gewerkschaftlichen Drucksachen sachlichen Inhalts während der Pausen, wobei jede Beeinflussung der nicht zu der betreffenden Gewerkschaft gehörenden Arbeitnehmer verboten ist.“

Wird sich nun der Reichswehrminister seinen Geheimräten gegenüber durchsetzen und veranlassen, daß derartige rückständige Bestimmungen, die an den ehemaligen Berliner Polizeipräsidenten, Herrn v. Jagow, erinnern, endgültig aus dem Bereich des Reichswehrministeriums verschwinden?

Der Schiedsspruch in der Maßschneiderei.

Die im Deutschen Bekleidungsarbeiterverband organisierten Berliner Maßschneider nahmen am Donnerstag in einer überfüllten Versammlung Stellung zu dem letzten Würzburger Schiedsspruch. Der 1. Bevollmächtigte Genosse Lehmann schilderte zunächst ausführlich den Gang der Verhandlungen und die Hartnäckigkeit, mit der sie von den Unternehmern geführt wurden. Er ging dann näher auf die Bestimmungen des Schiedsspruches ein, die für Berlin Geltung haben. Durch den Schiedsspruch erhöht sich der Spitzenlohn der Herrenmaßschneider, die im Stücklohn arbeiten, von 0,98 Mk. auf 1,05 Mk. und der der Zeitlohnarbeiter von 1,03 Mk. auf 1,10 Mk. Der Damenschneiderlohn erhöht sich von 1,08 Mk. auf 1,15 Mk. Weiter sollen einige Positionen, die durch den Frankfurter Schiedsspruch beseitigt worden waren, wieder eingeführt werden, wodurch für einige Stücke die Arbeitszeiten wieder verbessert werden sollen. Zusammenfassend betonte Genosse Lehmann, daß das Verhandlungsergebnis zwar nicht voll befriedige, trotzdem aber zur Annahme zu empfehlen sei, weil selbst bei einem Kampf von den staatlichen Schlichtungsstellen eine nennenswerte Verbesserung des von den Unparteiischen gefällten Schiedsspruches nicht zu erwarten sei. Der Verbandsbeirat und auch die Branchenkommission und die Funktionäre, die zu dem Schiedsspruch bereits Stellung genommen haben, sind ebenfalls zu der Auffassung gekommen, den Mitgliedern die Annahme zu empfehlen. Nach einer ausgiebigen Diskussion, in der sich allerdings fast alle Redner für die Ablehnung des Schiedsspruches aussprachen, wurde eine geheime Abstimmung vorgenommen, die gegen eine erhebliche Minderheit die Annahme des Schiedsspruches ergab.

Berliner Schuhmacher gegen Reichstarif.

Die Berliner Funktionäre der unter kommunistischer Führung stehenden Ortsverwaltung des Schuhmacherverbandes nahmen in einer Versammlung am 16. März Stellung zum Abschluß des Reichstarifvertrages. Das Beiratsmitglied Müller und der Vorsitzende Hörz berichteten und kritisierten die Haltung des Vorstandes und Beirats, insbesondere in der Frage der Arbeitszeit.

Die in einigen folgenden Paragraphen des Tarifvertrages durchgesetzten Verbesserungen seien anzuerkennen. Unter allen Umständen hätte jedoch auf eine Neuregelung der Entlohnung der Jugendlichen, insbesondere der weiblichen Jugendlichen, sowie der Entschädigung für die Ferien gedrungen werden müssen.

„In der anschließenden Diskussion brachten sämtliche Redner ihre Empörung über den Abschluß des Tarifvertrages zum Ausdruck. Die Berliner Funktionäre hatten dem Zentralvorstand nicht zugetraut, einen solch schlechten Vertrag abzuschließen.“

Der Zentralvorstand hätte mindestens durch Urabstimmung die Mitglieder befragen sollen. Es wurde einstimmig verlangt, daß der Verbandsvorsitzende Simon zur Berichterstattung in der nächsten Mitgliederversammlung (die zum 24. März festgesetzt ist) erscheinen soll.

Einstimmige Annahme fand eine im Sinne der Berichterstatter und der Diskussionsredner gehaltene Entschließung, die auch die Lohnzulage von 3 Pf. die Stunde, auf die Dauer eines halben Jahres als ungenügend erklärt und den Reichstarif ablehnt. Die Funktionärversammlung lehnt aus diesem Grunde diesen Reichstarif ab.

„Ferner spricht die Versammlung dem Zentralvorstand und denen, welche in dem Sinne des jetzigen Tarifes mitgewirkt haben, die schärfste Mißbilligung aus.“

Tarifbewegung der Berliner Rechtsanwaltsangestellten.

Die im Zentralverband der Angestellten organisierten Angestellten der Berliner Rechtsanwälte und Notare hatten in ihrer letzten Mitgliederversammlung die Organisation beauftragt, eine den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechende Neuregelung der Gehälter anzubahnen. Demzufolge hat der ZdA. bei dem Berliner Anwaltsverein den Antrag auf Verhandlungen gestellt, die voraussichtlich schon in den nächsten Tagen stattfinden werden. Es ist allgemein bekannt, daß die Berliner Rechtsanwälte und Notare, obwohl sie von ihren Angestellten hochqualifizierte Leistungen beanspruchen, zu den die schlechtesten Gehälter zahlenden Arbeitgebergruppen gehören. Der Berliner Anwaltsverein dürfte sich einer Gehaltserhöhung nicht verschließen können, zumal die jetzigen Gehälter seit September 1925 gezahlt werden. Der Erfolg der Bewegung wird aber auch davon abhängen, ob die Angestellten selbst rührig genug sind und nicht im Vertrauen auf die Organisation die Dinge ihren Gang gehen lassen, wie es leider schon öfter der Fall gewesen ist. Nur wenn die Angestellten selbst lebhaften Anteil an der Bewegung nehmen werden, wird sie von der Organisation zu einem für die Angestellten günstigen Abschluß gebracht werden können.

Generalversammlung der Friseurgehilfen.

Der Arbeitnehmerverband des Friseur- und Haargewerbes, Zweigverein Berlin, hielt am 16. März in Haverlands Festsälen seine am 2. Februar vertagte Generalversammlung ab. Die Opposition, die beim Eingang wieder ein Flugblatt aus der Münzstraßenzentrale verteilen ließ, beantragte die nochmalige Vertagung der Generalversammlung, da nicht alle Mitglieder eingeladen worden seien. Der Vertagungsantrag wurde abgelehnt.

Aus dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden Paul Liere sei erwähnt, daß sich bereits wieder Rückschläge in der Entwicklung des Berufes zeigen. Von 10 Pf an wird in Berlin wieder rasiert und von 20 Pf. an werden Haare abgeschnitten. Die Zahl der Selbständigen hat um 800 zugenommen. Um längerer Arbeitslosigkeit zu entgehen, greifen viele Gehilfen zu diesem Auskunftsmittel. Die Arbeitsvermittlung im Gewerbe ist für Berlin einfach unhaltbar. Der Stellenvermittler der Innung gebraucht als Vermittlungsinstrument den Gummiknüppel und oft noch einen Polizeibeamten zu seinem persönlichen Schutz. Seit Jahren wird die Errichtung eines kommunalen paritätischen Arbeitsnachweises angestrebt, allein die Innungen versagen ihre Mitwirkung. Das Landesarbeitsamt wird jetzt zur Schaffung

eines städtischen Friseurarbeitsnachweises

übergehen. Nur die Einführung des Meldezwanges für die Selbständigen könne dazu führen, der Zersplitterung in eine Reihe von Innungs- und Winkelarbeitsnachweisen zu steuern.

Mit der Verordnung über das Lehrlingshalten haben die Innungen sich noch immer nicht abgefunden. Sind viele Schulentlassene als Lehrlinge gemeldet, so wird dies als Beweis benutzt, daß die Einschränkung des Lehrlingshaltens die Unterbringung vieler Jugendlichen verhindere, und wenn in den nächsten vier Jahren der Geburtenausfall in der Kriegszeit in die Erscheinung tritt, dann soll das wiederum ein Beweis für die Notwendigkeit einer weiteren Lockerung der Lehrlingsverordnung sein, weil es an beruflichem Nachwuchs fehlt. Einstweilen werden ungelernte Hilfskräfte zu Handreichungen herangezogen, die früher den Lehrlingen oblagen. Zu fordern sei, daß Ausgelernte noch mindestens drei Monate hindurch von den Lehrmeistern als Gehilfen beschäftigt werden müssen.

Die Schaffung einer Zwangsinnung

wurde von denselben Kreisen hintertrieben, die nichtstimmberechtigte Gehilfen zur Abstimmung herangezogen hatten, um hinterher gegen die Abstimmung protestieren zu können.

Der tarifliche Wochenlohn ist im Juni 1926 um zwei Mark erhöht worden. Mit der Einführung der Sonntagsruhe wurde die Arbeitszeit verlängert, einmal durch Fortfall des freien Wochennachmittags mit sechs Stunden (bei mehr als dreistündiger Sonntagsarbeit), weiter aber durch die Ausdehnung der Arbeitszeit des Sonnabends um eine Stunde. Auch gegen die Sonntagsruhe wird von einem Teil der Meister agitiert. Die tarifliche Arbeitszeit von 55 Stunden (mit Arbeitsbereitschaft, Frühstück- und Vesperpause) wird vielfach noch um eine oder zwei Stunden ohne Bezahlung überschritten. Die kürzeste Arbeitszeit betrug nach einer Umfrage des Verbandes 45 Stunden, die längste 72 Stunden.

Anzeigen wegen wucherischer Preisforderung

ergaben, daß in einem Falle für Haarschneiden und Ausdrücken eines Stirnpickels mit Pinzette 7,50 M. gefordert wurden, in einem anderen Falle für Rasieren und Nachreiben mit kölnischem Wasser 1,75 M. Für die Innungslehrlingsfachschule zahlt die Stadt Berlin 4800 M., die Innung 180 M. Um eine bessere Ausbildung der Lehrlinge zu gewährleisten, fordert die Gehilfenschaft die paritätische Verwaltung der Fachschule. Da die Innungen ihre Fachschulen auf die Gehilfen ausdehnen wollen, werden Gehilfenfachkurse als gewerbsmäßige Unternehmungen abzustempeln versucht. Mit der Mahnung zu einmütiger Zusammenarbeit schloß Liere seinen Bericht.

Der von Rogge erstattete Kassenbericht balanciert mit 22 432,77 M. Der Mitgliederstand weist immer noch eine starke Fluktuation auf. Nicht weniger als 202 Mitglieder mußten wegen Nichtzahlung der Beiträge gestrichen werden.

In der Diskussion brachten die Redner der Opposition ihre alten Deklamationen vor. Die Neuwahl des Zweigvereinsvorstandes und der Tarifkommission erfolgte nach den Vorschlägen der Amsterdamer Richtung. Liere wurde als Vorsitzender wiedergewählt.

Generalstreik in Lodz.

Warschau, 19. März. (WTB.) Die Mitteilung der Regierung, daß sie zu einer Vermittlung im Lodzer Textilarbeiterstreik bereit sei, falls dieser sofort eingestellt werde, hat nicht zu einer Absage des für heute im Lodzer Bezirk angekündigten Generalstreiks geführt. Letzterer wird sich auf alle Industrieunternehmungen und auch auf sämtliche lebenswichtigen Betriebe erstrecken. Ausgenommen sind die Krankenhäuser, Krankenkassen und der Rettungsdienst. Die Antwort der Arbeiterschaft auf den Vermittlungsvorschlag der Regierung wird für heute mittag erwartet.

Warschau, 19. März. (Mtb.) Der Generalstreik erstreckt sich zum Teil sogar auf das Lebensmittelgewerbe. Die Verhandlungen der Regierung mit den Unternehmern, um diese zum Nachgeben zu bewegen, sind ergebnislos verlaufen. Selbst in den der Regierung nahestehenden Blättern wird die Schuld an dem Scheitern der Verhandlungen den Großunternehmern zugeschoben. Bezeichnend ist, daß der Magistrat der Stadt Lodz den Streik indirekt unterstützt, indem er 200 000 Zloty als Hilfe für die Streikenden zeichnete. Der Antrag war von der Nationalen Arbeiterpartei als einer nichtsozialistischen Gruppe gestellt worden und wurde von den Sozialisten und Deutschen unterstützt.

Man befürchtet eine Ausdehnung des Streiks auf ganz Polen, besonders auf das Bergwerksgebiet. Im Dombrowaer und oberschlesischen Kohlenrevier sind die Tarifverträge zum 1. April gekündigt.

Eine Ausdehnung des Lodzer Generalstreiks auf Warschau scheint kaum noch abwendbar. Die Regierung tagt fast ununterbrochen, um die zu ergreifenden Maßnahmen zu beraten. Das Regierungsorgan, das Blatt Pilsudskis, „Glos Prawdy“, steht den Streikenden nicht unfreundlich gegenüber.

Schiedsspruch für die Konfektion in der Oberlausitz.

Neugersdorf, 19. März. (Eigener Bericht.) Für die Arbeiterschaft der Oberlausitzer Konfektion (Arbeiterkonfektion) ist die eingeleitete Lohnbewegung durch einen Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Dresden, der von beiden Parteien angenommen wurde, zum Abschluß gebracht. Der Spruch lautet: „Akkord- und Zeitlöhne werden um 7 Proz. erhöht, die Löhne der Hilfsarbeiter um 10 Proz. Außerdem erhalten Zuschneider, die dauernd in Zeitlohn arbeiten, einen weiteren Zuschlag von 10 Proz. Dieses Lohnabkommen hat Gültigkeit vom 1. März 1927 und kann mit einmonatiger Kündigungsfrist frühestens bis zum 1. Oktober 1927 aufgekündigt werden.“

Die Funktionäre des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes der Filiale Neugersdorf nahmen nach eingehender Aussprache, in der die Haltung des Schlichters kritisiert wurde, den Schiedsspruch an.

Fünfhundert Wiener Bankbeamte abgebaut.

Wien, 19. März. (TU.) Durch die Fusion der Unionsbank und der Verkehrsbank mit der Bodenkreditanstalt sind 500 Wiener Bankbeamte arbeitslos geworden.

Theater der Woche.

Vom 20. März bis 28. März 1927.

Volksbühne: 20., 21. Traumspiel. 22. Volpone. 23. bis 28. Gewitter über Gottland. — **Oper am Platz der Republik:** 20. Tannhäuser. 21. Bohème. 22. Schatzgräber. 23. Royal Palace, Pulcinella. 24. Othello. 25. Sinfoniekonzert. 26. Fidelio. 27. Aida. 28. Jenufa. — **Staatliches Schauspielhaus:** 20., 21., 23., 24., 25., 27. Ein besserer Herr. 24. Opernvorstellung: Figaros Hochzeit. 26. Hamlet. 28. Flachsmann als Erzieher. — **Schiller-Theater:** 20. bis 24., 27., 28. Razzia. 25. Peer Gynt. 26. Beethoven-Feier. — **Deutsches Theater:** Bis 24. Bonaparte. Ab 25. Der Arzt am Scheideweg. — **Kammerspiele:** Toni. — **Die Komödie:** Bis 21. Die Perle. Ab 22. Mannequins. 25., 26., 27., 11 Uhr, Nachtvorstellung: Rasch ein Kind. — **Lessing-Theater:** Der Patriot. — **Theater in der Königgrätzer Straße:** Die treue Nymphe. — **Städtische Oper, Charlottenburg:** 20. Aida. 21. Die Jüdin. 22. Pique Dame. 23. Der fliegende Holländer. 24. Hoffmanns Erzählungen. 25., 27. Fidelio. 26. Die lustigen Weiber von Windsor. 28. Die Entführung aus dem Serail. 27., vormittags 11½ Uhr, Die Perser. — **Großes Schauspielhaus:** Wie einst im Mai. — **Theater des Westens:** Wissen Sie schon . . . — **Renaissance-Theater:** Bis 22. Aber Mama. Ab 23. Aprilwetter. — **Die Tribüne:** Bis 24. Der Wettlauf mit dem Schatten. Ab 25. Spiel im Schloß. — **Deutsches Künstler-Theater:** Der Zarewitsch. — **Komödienhaus:** Bis 25. Dover—Calais. Ab 26. Das zweite Leben. — **Berliner Theater:** Der Hampelmann. — **Trianon-Theater:** Das Absteigequartier. — **Zentral-Theater:** Der blonde Zigeuner. — **Theater in der Kommandantenstraße:** Die letzte Warnung. — **Theater am Schiffbauerdamm:** Tragödie der Liebe. — **Komische Oper:** Sünden der Welt. — **Lustspielhaus:** Hurra — ein Junge. — **Metropol-Theater:** Die Zirkusprinzessin. — **Thalia-Theater:** Der mutige Seefahrer. — **Theater am Nollendorfplatz:** Müllers. — **Theater am Kurfürstendamm:** Pit Pit. — **Kleines Theater:** Die goldene Galeere. — **Wallner-Theater:** Küsse in der Nacht. — **Theater in der Klosterstraße:** 20., 21., 26., 28. Die Siebzehnjährigen. 22., 23. Maria Stuart. 24., 27. Pfarrhauskomödie. 25. Nora. — **Walhalla-Theater:** Die von der Liebe leben. — **Rose-Theater:** Das Mädchen von der Landstraße. — **Kasino-Theater:** Familie Habenichts. — **Theater in der Lützowstraße:** Die Frau ohne Mann. — **Wintergarten und Scala:** Internationales Varieté. — **Reichshallen-Theater:** Stettiner Sänger.

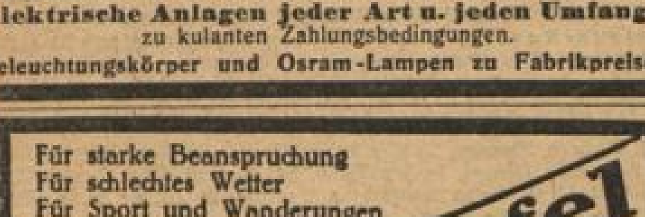
Nachmittagsvorstellungen. **Volksbühne:** 20. Traumspiel. 27. Volpone. — **Oper am Platz der Republik:** 26. Sinfoniekonzert. — **Staatliches Schauspielhaus:** 26. Beethoven-Feier, Koriolan. — 27. Napoleon. — **Schiller-Theater:** 26., 27. Peer Gynt. — **Großes Schauspielhaus:** 20., 27. Wie einst im Mai. — **Theater des Westens:** Wissen Sie schon . . . — **Berliner Theater:** 20., 27. Der Hampelmann. — **Theater in der Kommandantenstraße:** 20., 27. Hinkemann. — **Theater am Schiffbauerdamm:** 20., 27. Der Geizige. — **Komische Oper:** 20., 27. Sünden der Welt. — **Thalia-Theater:** 20., 27. Der Biberpelz. — **Kleines Theater:** 20. Yoshiwara. — **Wallner-Theater:** 20., 27. Der Raub der Sabinerinnen. — **Theater in der Klosterstraße:** 20., 26., 27. Maria Stuart. — **Walhalla-Theater:** 20., 27. Ben Hur. — **Rose-Theater:** 26., 27. Robinson Crusoe. — **Scala:** 20., 26., 27. Internationales Varieté. — **Reichshallen-Theater:** 20., 27. Stettiner Sänger.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Saftern; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Berliner-Elektriker-Genossenschaft
Berlin N 24, Elsässer Str. 86–88 | Filiale Westen, Wilmersdorf
Fernsprecher Norden 65 25 u. 65 26 | Landhausstraße 4. Tel.: Pfalzburg 9831
Ausstellungsräume und Lager
Alexanderstr. 39–40 (Alexander-Passage) Tel.: Königstadt 540.
Elektrische Anlagen jeder Art u. jeden Umfanges
zu kulanten Zahlungsbedingungen.
Beleuchtungskörper und Osram-Lampen zu Fabrikpreisen.

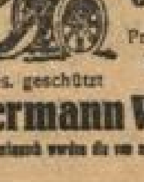
Metallbetten 1050
Schlafchaiselongues 24.-
Fabrikpreise Ratenzahlung
Göhr Berlin, Pappelallee 12 Pankow, Schmidtstr. 1
frei jeder Bahnstation.

Soeben erschien:
Spätherbstblüten
von
Adolph Hoffmann
gereimte u. ungereimte Lebensbilder
enthält:
Novellen: In höheren Regionen, Luftdrama, Toreadoren, Eine moderne Justiztragödie.
Gereimte Lebensbilder, Ernste und heitere Gedichte aus dem Leben
illustriert von Willi Steinert
6 Vollbilder und das Porträt des Verfassers mit Faksimile (Jubiläumsbild). 94 Seiten, eleg. carton. Preis M. 1,50 (Porto 10 Pf.)
Zu beziehen durch den Verfasser Berlin O 17, Koppenstr. 6 II, und durch alle Vorwärts-Ausgabestellen

Für starke Beanspruchung
Für schlechtes Wetter
Für Sport und Wanderungen
nur

Bähr-Stiefel
die Sie jahrelang tragen können
Haferlschuhe
Reformschuhe Bähr's Lederöl
H. Bähr, Berlin, Spittelmarkt 7
Mitglieder der SPD. und Reichsbanner 10 % Rabatt

Zu noch nie
dagewesenen Preisen
bringen wir
Stores, Gardinen, Bettdecken
Künstler-Gardinen in besten Qualitäten für 5.90, 7.50, 8.90 M.
Halbstores in allen Webearten 1.75, 4.50, 5.50 6.– M.
Gardinen-Reste Stück-, Schals u. Stores-Reste zum halben Preis.
— Einzelverkauf von 9–7 Uhr. —
Spezial-Gardinen-Werkstätten
Neukölln, Bergstr. 67
2. Stock, am Ringbahnhof
Kein Laden!

Zuckerkranke
Fragen Sie Ihren Arzt üb. A. Siegers Antidiabeticum und verlangen Sie kostenlos diesbezügl. hochinteressante Schriften durch Fr. Löw, Walldorf B 37 (Hessen).

Lebenslängliche Garantie
leiste ich als Selbsthersteller auf die bei mir gekauften

Trauringe
(Fugenlos)
zu billigsten Preisen
in den gediegensten Ausführungen
:: Ständig ca. 3000 St. auf Lager ::
Preisliste gratis!
Ges. geschützt
Hermann Wiese, Berlin N. 24, Artilleriestr. 30 W., Passauer Straße 12
Bei Umtausch werden die von mir gekauften Ringe innerhalb eines Jahres zum vollen Preise zurückgenommen.